

Das Miteinander darf nicht zerstört werden

Alterspräsident Klaus Wanger widmete seine Eröffnungsrede im Landtag dem Verfassungskonflikt

«Eine schnellstmögliche Beendigung des Verfassungskonflikts ist heute dringender denn je, damit sich alle staatlichen Organe wieder unbelastet und mit vereinten Kräften den grossen Herausforderungen der Zukunft stellen können», unterstrich Alterspräsident Klaus Wanger gestern in seiner Ansprache zur Wiedereröffnung des Landtages. Seine nachstehenden Ausführungen waren erwartungsgemäss zur Gänze dem Thema Verfassung gewidmet.

Durchlaucht, Sie haben den Verfassungskonflikt heute in Ihrer Thronrede zum einzigen Thema gemacht. Damit dokumentierten Sie den grossen Stellenwert, den die Beilegung dieses Konflikts für Sie und das Fürstenhaus hat.

Obwohl auch ich mich schon mehrmals zu diesem zur Zeit wohl wichtigsten Problem unseres Landes geäussert habe, möchte ich heute als Alterspräsident des Landtages erneut dazu Stellung nehmen.



Landtags- und Alterspräsident Klaus Wanger zum Verfassungskonflikt: «Da ich zutiefst überzeugt bin, den richtigen Weg zu gehen, sehe ich mich gerade in dieser für unser Land existentiellen Angelegenheit in besonderem Masse herausgefordert und verpflichtet, mich mit aller Kraft für die Beilegung des nun zehn Jahre dauernden Verfassungskonflikts einzusetzen.» (Bild: Paul Trummer)

Tragfähiger Kompromiss

Am 15. August des vergangenen Jahres, am Staatsfeiertag, konnte ich als Landtagspräsident in Übereinstimmung mit dem Regierungschef und der Gesamtregierung mit grosser Freude auf der Schlosswiese verkünden, dass ein Weg gefunden wurde, der aus meiner Sicht zu einem tragfähigen Kompromiss bei der Lösung des Verfassungskonflikts führt.

Meine Aussage wurde von vielen Bewohnerinnen und Bewohnern unseres Landes mit Erleichterung aufgenommen und von einigen als voreilige Botschaft bewertet. Die Gegner dieses Weges haben dann in der Folge auch nicht mit Kritik gespart. Sie verurteilten nach dem Vorliegen des Verfassungsänderungsvorschlages der Regie-

rung nicht nur den von mir eingeschlagenen Weg und meine inhaltliche Zustimmung zur Regierungsvorlage, sondern im Wesentlichen auch mein Engagement als Landtagspräsident in dieser Angelegenheit. Letzteres hat mich allerdings sehr überrascht.

Gegner dieses Weges haben nicht mit Kritik gespart

Ich habe wie Sie, meine Damen und Herren Abgeordnete, einen Eid geleistet, der mich verpflichtet, das Wohl des Vaterlandes ohne Nebenrücksichten

nach bestem Wissen und Gewissen zu fördern und mein Tun und Handeln nach dem Gemeinwohl und zum Segen unseres Landes auszurichten.

Da ich zutiefst überzeugt bin, den richtigen Weg zu gehen, sehe ich mich gerade in dieser für unser Land existentiellen Angelegenheit in besonderem Masse herausgefordert und verpflichtet, mich mit aller Kraft für die Beilegung des nun zehn Jahre dauernden Verfassungskonflikts einzusetzen.

Gemeinsam mit dem Regierungschef und Mitgliedern der Fürstlichen Regierung habe ich in den vergangenen Wochen in allen Gemeinden unseres Landes aktiv an den von der Fortschrittlichen Bürgerpartei organisierten Informations- und Diskussions-

abenden teilgenommen. Es waren wertvolle Begegnungen mit Befürwortern und Gegnern aus allen politischen Lagern. Auch die schärfsten Gegner des Verfassungsänderungsvorschlages der Regierung, die ihre Ablehnung vorwiegend auf «Worst-case-Szenarien» aufbauten, versicherten immer wieder, an der Monarchie als Staatsform festhalten zu wollen. Sie vergassen dabei, dass es dazu auch einen Monarchen braucht, der auch noch mitbestimmt, unter welchen Bedingungen das Fürstenhaus das Staatsoberhaupt stellt.

Staatspolitische Angelegenheit von grösster Tragweite

Ich wurde in meiner Ansicht bestärkt, dass die Beilegung dieses Verfassungskonflikts nicht eine juristische, sondern eine politische, ja staatspolitische Angelegenheit von grösster Tragweite ist, die in letzter Konsequenz auch zu einer Vertrauensfrage gegenüber unserem Fürsten wird.

Nach den vielen Gesprächen mit Bewohnerinnen und Bewohnern unseres Landes bin ich heute mehr denn je überzeugt, dass der von der Regierung vorgezeigte Weg der richtige ist und möchte dies aus meiner Sicht zusammenfassend noch einmal darlegen:

● Im Vergleich zur bestehenden Verfassung von 1921 wird das demokratische Element durch den Verfassungsänderungsvorschlag der Regierung in keiner Weise zugunsten des monarchischen Elements geschwächt. Im Gegenteil, die demokratischen Rechte des Volkes werden in verschiedenen Punkten gestärkt.

● Ohne gegenseitige Vertrauensbasis und ohne Konsens zwischen Fürst und Volk, letzteres vertreten durch den Landtag, gibt es keine Lösung des Verfassungskonflikts.

● Eine schnellstmögliche Beendigung des Verfassungskonflikts ist heute dringender denn je, damit sich alle staatlichen Organe wieder unbelastet und mit vereinten Kräften den grossen

Herausforderungen der Zukunft stellen können.

● Die Fürsten von Liechtenstein waren in der Vergangenheit und sind auch in der Zukunft die Garanten für die Unabhängigkeit, Stabilität und Sicherheit unseres Staates und für sein Ansehen in der Welt.

● Liechtenstein ohne einen im Lande residierenden Fürsten verliert zusehends an Identität und gefährdet in naher Zukunft in hohem Masse die Monarchie.

● Das friedliche und in jeder Hinsicht konstruktive Zusammenwirken von Fürst und Volk hat unserem Lande in den 80 Jahren seit Bestehen der Verfassung von 1921 Glück und Wohlstand gebracht. Dieses Miteinander darf nicht aufs Spiel gesetzt und in letzter Konsequenz zerstört werden.

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete: Abschliessend ist es mir ein besonderes Anliegen, Befürwortern und Gegnern dieses Verfassungsänderungsvorschlages der Regierung für das Engagement, das zu der notwendigen Meinungsbildung und Entscheidungsfindung in der Bevölkerung beiträgt, zu danken.

Demokratisches Element wird nicht geschwächt

Danken möchte ich aber auch all jenen, die sich dafür einsetzen, dass trotz gegensätzlicher Auffassungen in dieser Angelegenheit die in vielen Jahren auch über die Parteigrenzen hinweg geknüpften freundschaftlichen Beziehungen nicht zerstört werden. Freunde zu gewinnen ist anspruchsvoll und erfordert Zeit – Freunde zu verlieren geht schnell und hat schmerzliche Auswirkungen.

In diesem Sinne wünsche ich, dass wir, Fürst, Landtag und Regierung in der vor uns liegenden Sitzungsperiode des Landtages erfolgreich und mit vereinten Kräften zum Wohl unseres Landes und aller Bewohnerinnen und Bewohner zusammenwirken werden.

«Zutiefst verletzt und verleumdet»

VU-Fraktionssprecher Peter Sprenger zur Thronrede

VOLKSBLATT: Peter Sprenger, Ihr Kommentar zur Thronrede des Fürsten?

Peter Sprenger: Sie ist ein weiteres Mosaiksteinchen in der Strategie des Fürsten, die ganze Verfassungsfrage letztlich auf die Frage, pro oder contra Fürst, zuzuspitzen. Ich bin zutiefst verletzt und fühle mich durch eine zweifache Unterstellung verleumdet: Einmal sagt er, es würde Leute geben, welche die Monarchie abschaffen wollten und dann unterstellt er diesen gleich auch noch, dass man dies tun würde, um eine Diktatur zu errichten.



Das haben die Leute, die sich gegen diese Vorlage stellen, nicht verdient. Es wird immer von Fairness gesprochen in diesem Land, auch vom Fürsten, und dann muss man sich gefallen lassen, dass man ein Umstürzler, Monarchieabschaffer und darüber hinaus auch noch ein potentieller Diktator sei, wenn man sich in einer Sachfrage dagegen ausspricht. Und zur Rede von Klaus Wanger: Ich bin einmal mehr enttäuscht; er möchte den Verfassungskonflikt beilegen durch Unterwerfung und Nachgeben und das ist auf Dauer keine Lösung.

Der Landesfürst hat aber gesagt, dass er gesprächsbereit ist...

Ich habe drei Jahre Verhandlungen der Verfassungskommission mit dem Fürsten hinter mir. Ich als Peter Sprenger habe nie erlebt, dass eine wirkliche Gesprächsbereitschaft vorhanden war. Es ist immer darum gegangen, die bekannten Positionen durchzubringen. Ich möchte es mir wirklich wünschen, dass es zu Bewegungen kommt, aber ich bin sehr sehr skeptisch. Wenn es aber dazu kommt, dann möchte ich einen wirklichen Kompromiss sehen und nicht in einer kleinen Nebenfrage ein kleines Nachgeben.

Was ist denn für Peter Sprenger der allergrösste Knackpunkt in der Regierungsvorlage?

Mehrere. Die Regierung wird unterjocht. Es wird ein abhängiger Regierungschef, der vom Fürsten jederzeit geschickt werden kann, und eine abhängige Regierung geschaffen. Ein zweiter Punkt ist die Abschaffung einer neutralen Instanz (Art. 112, Staatsgerichtshof), die im Zweifelsfälle entscheidet. Und ein dritter Hauptpunkt ist die Richterbestellung durch einen Fürsten, der sich im Laufe der letzten zehn Jahre nachgewiesenermassen als Partei verhalten hat. Mit allem anderen inklusive Gemeindegesezession, Misstrauenvotum und finale Monarchieabschaffung habe ich zwar keine Freude, aber man könnte damit leben, falls die oben genannten zentralen Punkte fallen gelassen würden und noch Verbesserungen bei diesen «Nebenpunkten» angebracht würden.

Verständnis für Verhalten des Fürsten

Der FDP-Abgeordnete Rudolf Lampert zur Thronrede des Landesfürsten

VOLKSBLATT: Rudolf Lampert, Ihre Meinung zur Thronrede?



Rudolf Lampert: Die Thronrede zeigt mir, dass zwischen dem Landesfürsten und verschiedenen Exponenten in diesem Staat ein

massives Misstrauen vorhanden ist und dass die bisherige Diskussion alles andere als vertrauensfördernd gewesen ist. Dennoch glaube ich, dass der Fürst schlussendlich mit der Landtagskommission einen gangbaren Weg in dieser Verfassungsdiskussion finden wird und dieses Thema zu einem guten Ende gebracht wird.

Fühlen Sie sich durch diese Thronrede auch gedemütigt und verleumdet, wie dies zumindest ein Abgeordneter gesagt hat?

Nein. Ich persönlich konnte in der Thronrede keine Verleumdungen feststellen und ich fühle mich auch nicht gedemütigt. Wenn ich mir den Verlauf der Diskussion der letzten Zeit vor Augen führe, kann ich gewisses Verständnis für das Verhalten des Fürsten aufbringen. Was ihm sowohl in Bezug auf den Inhalt alles an den Kopf geworfen wird als auch auf die Art, wie diese Diskussion zum Teil stattgefunden hat, erklärt vieles. Persönlich hätte ich mir aber eher zukunftsorientierte, versöhnlichere Worte gewünscht.

«Gedemütigt und verleumdet»

Kurzinterview mit dem FL-Abgeordneten Paul Vogt zur Thronrede

VOLKSBLATT: Paul Vogt, Sie haben gesagt, dass Sie sich durch die Thronrede des Fürsten gedemütigt und verleumdet fühlen, warum?

Paul Vogt: Ich fühle mich gedemütigt, weil wir in einem Parlament vereint waren, in dem diskutiert wird über die Sache, in dem versucht wird eine Meinung zu bilden und das Beste für das Land zu tun, und dann muss man sich anhören, wie man als Feind dargestellt wird, der seit Jahrzehnten nichts anderes will, als die Monarchie abzuschaffen. Das ist nicht wahr. Ich habe mich im Landtag unzählige Male darüber geäussert, was ich will. Ich habe meine Ziele immer offen formuliert und dann sagt man, dass die Gegner

der Regierungsvorlage ihre Ziele nicht öffentlich kundtun würden und sie hätten verdeckte Ziele, bei denen es ihnen um etwas ganz anderes gehen würde.

Was ist denn Ihr Ziel in dieser Verfassungsdiskussion?

Im Moment, wenn ich mich entscheiden muss zwischen den Regierungsvorschlägen und der heutigen Verfassung, dann will ich ganz klar, dass wir bei der heutigen Verfassung bleiben. Ich halte unsere Verfassung für reformbedürftig, denn es gibt einen Haufen ungeklärter Fragen, über die wir diskutieren und uns einigen müssen. Ich bin klar für eine repräsentati-

ve Monarchie, das habe ich immer wieder gesagt. Wer behauptet, ich hätte je gesagt, ich wolle die Monarchie abschaffen, der unterschiebt mir etwas, das nicht wahr ist.

Immerhin hat der Landesfürst in der Thronrede aber gesagt, dass er zu Gesprächen mit der Landtagskommission bereit ist...

Ich habe bei ihm überhaupt keine Gesprächsbereitschaft gesehen. Er ist insofern gesprächsbereit, als er immer sagt, dass man darüber reden kann, gleichzeitig aber sagt er, dass er seinen Standpunkt hat und dass es da eigentlich nichts darüber zu diskutieren gibt. Ich habe da keine Hoffnung.